

„Lügenpresse – Halt die Fresse!“

Medienwandel und neue Protest- formen anhand der patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes

kommunikation.medien

Onlinejournal des Fachbereichs

Kommunikationswissenschaft

Universität Salzburg

ISSN 2227-7277

Sonderausgabe / Juni 2015

sonder
kommunikation.medien
Fenster

<http://www.kommunikation-medien.at>

Maria Birnbaum



Abstract

Die Forschungsarbeit ‚Lügenpresse – Halt die Fresse‘ nimmt anhand der PEGIDA Bewegung die veränderten Kommunikations- und Informationsbedingungen in sozialen Medien in den Fokus. Das Ziel des Aufsatzes ist zu prüfen, inwieweit PEGIDA antidemokratische Inhalte via Facebook verbreitet. Dabei wird eine kritische Position eingenommen, die hinter die positiven und teils überhöhten Erwartungen an die sozialen Medien blickt. Als theoretische Basis stützen sich die Überlegungen auf die Öffentlichkeit im Wandel nach Imhof und Donges sowie die Konzepte zur Postdemokratie von Colin Crouch. Durch die qualitative Inhaltsanalyse und nachfolgende Framing-Analyse wurden eindeutig antidemokratische Frames sichtbar gemacht. Am Beispiel PEGIDA zeigt sich ein neues Phänomen. Bewegungen wenden sich zunehmend von den traditionellen Massenmedien ab und erschaffen sich im Netz ihren eigenen Medienkosmos aus alternativen Informationsquellen, Vernetzungsplattformen und Diskussionsräumen.

Keywords

Medienwandel, Pegida, Facebook, Protestform, Vernetzungsplattform, Interessensgemeinschaften

Zitiervorschlag

Birnbaum, Maria/Grießer, Sabine (2015): ‚Lügenpresse – Halt die Fresse!‘ Medienwandel und neue Protestformen anhand der patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. In: kommunikation.medien, Sonderausgabe: Change – Wandel der Leitmedien [journal.kommunikation-medien.at].

1 Das Volk meldet sich zurück

Dresden, Montag 20. Oktober 2014: Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA 2015: o.S.) rufen zu einem Abendspaziergang auf. Sie haben die Situation in Deutschland satt, wollen die Öffentlichkeit wachrütteln, ihrem Unmut über das politische System Luft machen und nicht länger untätig zusehen, wie die nationale Kultur von der omnipräsenten Islamisierung zerstört wird. Für ihre erste Demonstration an diesem Oktoberabend konnte *PEGIDA* 350 Demonstrierende mobilisieren. Die lose Formation aufgebrachter Bürgerinnen und Bürger sitzt ihre Demonstrationen in den folgenden Wochen fort und erlangt so große mediale Aufmerksamkeit. Die Mobilisierung der Demonstrierenden und die Organisation der Kundgebungen finden hauptsächlich über soziale Medien statt. Zum Höhepunkt der Bewegung demonstrieren am 12. Januar 2015 25.000 Menschen (vgl. Geiges et al. 2015: 33). Die Motivation hinter diesem plötzlich aufkommenden und lauten Protest beschäftigt um den Jahreswechsel Medien, Politik und Gesellschaft. Der Versuch, die Beweggründe von *PEGIDA* zu verstehen, wird zur weihnachtlichen Denkarbeit und ist kaum mehr aus den Schlagzeilen zu verdrängen.

In der Öffentlichkeit wird *PEGIDA* mit Verwunderung, Unverständnis, Sorge, großen Emotionen und der Formierung von Gegenprotest empfangen. Die Forderungen der Protestierenden bleiben im Dunklen, so wie manchmal der Sinn ihrer Transparente: „Gewaltfrei & vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden“, „Gegen religiösen Fanatismus“, „Hass, Gewalt, Koran“ und „Islam = Karzinom“ steht dort geschrieben. Nach eigener Beschreibung richtet sich die Bewegung gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“, „Salafisten“, „Glaubenskriege“ und die Berichterstattung der Medien (vgl. Geiges et al. 2015: 11). Unter dem Schlachtruf „Lügenpresse – Halt die Fresse!“ versuchen sie dem Vertrauensverlust und der Ablehnung etablierter Medien einen Namen zu geben. Die Massenmedien seien unfrei, gleichgeschaltet, wirtschaftlich gesteuert und propagandistisch (vgl. Geiges et al. 2015: 101). Über die Frage, wo nun *PEGIDA* politisch zu positionieren ist, herrscht Uneinigkeit. *PEGIDA* positioniert sich selbst weder im linken noch im rechten politischen Spektrum, ihre Forderungen und Themen sprechen jedoch deutlich für eine ‚rechte‘ Protestbewegung (vgl. Pfahl-Traughber 2015: o.S.). Selbst ihr eigenes Positionspapier mit 19 Punkten konnte nur wenig Klarheit schaffen. Neben einigen wenigen konstruktiven Vorschlägen bleiben auch hier die Forderungen diffus, vor allem da sich *PEGIDA* lange weigerte, überhaupt mit den Medien zu kommunizieren.

Die sozialen Medien spielen bei *PEGIDA* eine zentrale Rolle. Der Keim der Bewegung ist in einer *Facebook*-Gruppe, in der sich sieben Freunde zusammengefunden hatten, gewachsen. Diese Gruppe entwickelte sich zur Keimzelle *PEGIDAS* – schnell genügt

den Freundinnen und Freunden der private Rahmen nicht mehr, sie wollen ihre Frustration in physischen Protest umwandeln. *Facebook* dient dabei als Werkzeug zur Mobilisierung, die Ansichten und Motivationen der Bewegung zu verbreiten und eine Öffentlichkeit herzustellen.

1.1 PEGIDA als Phänomen des Wandels

In der Kommunikationswissenschaft sind die veränderten Formen der Kommunikation, Partizipation und Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Bewegungen ein zentraler Forschungsbereich. Seit knapp zwei Jahrzehnten ist die politische Kommunikation immer häufiger Gegenstand wissenschaftlicher Analysen. Ein Grund dafür ist, dass die Beziehungen zwischen Politik und Kommunikation neue Formen und neue Qualitäten angenommen haben (vgl. Schulz 2011: 13). Die Veränderungen der politischen Kommunikation auf der Mikro-, Meso- und Makroebene sind so grundlegend, dass von einem strukturellen Wandel der politischen Kommunikation gesprochen werden kann (vgl. Vowe 2014: 47). In der Mikroperspektive verändern sich politische Einstellungen der Menschen, beispielsweise ihre Vorstellungen von der eigenen politischen Wirksamkeit. Auf der Mesoebene kommt es zu einem Machtverlust für etablierte Institutionen durch den strukturellen Wandel. Klassische Akteurinnen und Akteure müssen Lernprozesse eingehen und sich an die neuen Strukturen anpassen. In der Makroperspektive führt der strukturelle Wandel zu einem Wandel des Politischen. Politische Kommunikation beeinflusst nicht allein die öffentliche Themenagenda, sondern auch die Meinungsbildung sowie Entscheidungskompetenz der Gesellschaft und damit der Demokratie (vgl. Vowe 2014: 47). Charakteristisch für den Wandel ist, dass die Medien rasend schnell expandieren, nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen und immer mehr Aufmerksamkeit absorbieren (vgl. Schulz 2011: 13). Das Internet ist ein Medium, in dem sich diese Wandlungsprozesse schnell und deutlich zeigen. Durch die ständigen Ausdifferenzierungsprozesse ist es auch für politische Kommunikation und damit demokratiethoretisch relevant geworden. In sehr kurzer Zeit hat sich ein breites Spektrum an partizipativen und interaktiven Online-Medien herausgebildet. Das betrifft vor allem die Konstituierung von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit sowie die Möglichkeiten politischer Information, Deliberation und Partizipation (vgl. Grunewald et al. 2006: 12).

Das Internet senkt die Transaktionskosten der Protestmobilisierung, beschleunigt Kommunikationsprozesse und kann zu einer globalen Ausdehnung von Kommunikationsräumen führen. Protestaktionen können so schnell und ortsunabhängig abgestimmt werden. Selbst kleine Gruppen wie *PEGIDA* können bei geschickter Nutzung der vira-

len Verbreitungslogik sozialer Netzwerke erfolgreich Resonanz erzeugen (vgl. Baringhorst 2014: 94).

Diese Entwicklungen führen zu einer zunehmenden Professionalisierung digitalen Protests und zu einer Wiederbelebung lokaler Protestkulturen. Daraus entstand eine große Erwartungshaltung, ja sogar die Hoffnung einer Verwirklichung des Habermas´ schen Modells der deliberativen Demokratie. Der Traum einer digitalen Demokratie, in der sich informierte Bürgerinnen und Bürger über gesellschaftlich relevante Themen austauschen und durch deliberative Prozesse zu einer auf Mehrheitsmeinung basierenden Entscheidung kommen, ist jedoch längst kein rosiger mehr. Die sozialen Medien haben die Gesellschaft bislang weder politischer noch informierter oder demokratischer gemacht. Hochtrabende Erwartungen und Lobeshymnen auf die Macht der sozialen Medien wurden mittlerweile revidiert oder zumindest abgeschwächt. Ein Grund dafür ist die Erkenntnis, dass soziale Medien grundsätzlich als unpolitisch zu betrachten sind und sowohl pro- als auch antidemokratische Kräfte hervorbringen können. Denn Online-Sphären sind nicht auf prodemokratische Kräfte beschränkt, sondern umfassen auch pluralistische, fragmentierte Teilöffentlichkeiten (vgl. Badr/Demmelhuber 2014: 155). Diese können neben den positiven Auswirkungen auch antidemokratische Kräfte hervorbringen und ein Risiko für die Demokratie darstellen. Unter den Aspekten des Wandels der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten in den sozialen Medien werden in diesem Beitrag die möglichen antidemokratischen Kräfte gesellschaftlicher Bewegungen wie *PEGIDA* in den Blick genommen. Abgeleitet von dieser theoretischen Fundierung lautet die Forschungsfrage:

Inwieweit finden Bewegungen wie PEGIDA neue Verbreitungs- und Kommunikationsformen im sozialen Netzwerk Facebook und welche Gefahren entstehen daraus für die Demokratie?

Ziel dieses Beitrages ist es, anhand von *PEGIDA* veränderte Kommunikationsformen des zivilgesellschaftlichen Protests zu betrachten und Risiken für die Demokratie zu überprüfen. Die Arbeit hat dabei nicht die Intention *PEGIDA* als Ganzes greifbar zu machen, zu verstehen oder zu erklären. Aus diesem Grund liegt der Fokus auf der Nutzung des sozialen Netzwerkes *Facebook* und die im Untersuchungszeitraum kommunizierten Inhalte.

1.2 PEGIDA im Fokus der Wissenschaft

PEGIDA erweckte schnell das Interesse von Sozial-, Bewegungs- und Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, die versuchten, dem Phänomen auf den Grund zu gehen. Die Erkenntnisse und Methoden dieser Untersuchungen werden anhand von

drei beispielhaften Studien dargelegt. Die Forschungsgruppe um den Berliner Soziologen Dieter Rucht versuchte mittels teilnehmender Beobachtung und Befragung mehr über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie ihre Beweggründe zu erfahren. Unter dem Titel ‚Protestforschung am Limit‘ versuchte die Studie eine soziologische Annäherung an *PEGIDA* zu leisten. Eine weitere Untersuchung wurde von dem Dresdner Politologen Hans Vorländer durchgeführt – er befragte 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von drei verschiedenen Demonstrationen.

Die beiden Studien kamen zu ähnlichen Ergebnissen hinsichtlich der Motivation der Protestierenden. Die befragten Demonstrierenden zeichneten sich durch keinerlei Vertrauen in die Medien oder in etablierte gesellschaftliche und politische Institutionen aus (vgl. Daphi et al. 2015: 51). Zudem weisen sie rechtspopulistisches und rechtsextremistisches Gedankengut auf. Sie versuchen zwar das Bild des ‚besorgten Normalbürgers‘ nach außen zu vermitteln, im Kern geht es jedoch um die Artikulation von ‚gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ und, zugespitzter, um einen kaum verhüllten Rassismus (vgl. Daphi et al. 2015: 51). Zur Veranschaulichung der Beweggründe und Deutungsmuster der *PEGIDA* Bewegung wurde im Rahmen der ‚Protestforschung am Limit‘ eine Framing-Analyse durchgeführt. Mit der Datengrundlage aus Fragebögen, Feldtagebüchern, Beobachtungen und dem *PEGIDA*-Positionspapier wurden drei dominierende Frames identifiziert. Der dominante Frame betrifft die Kritik an der Asyl- und Einwanderungspolitik, gefolgt von Kritik an der aktuellen Regierungspolitik und der Unzufriedenheit mit den Medien und deren Berichterstattung (vgl. Daphi et al. 2015: 47). Schwächere Frames sind unter anderem die Ablehnung des Islams, der Verweis auf kriminelle Asylbewerberinnen und Asylbewerber und die Stärkung der nationalen Kultur (vgl. ebd.: 47). Beide Studien weisen jedoch eine Problematik hinsichtlich der Repräsentativität auf: Zum einen fiel die Rücklaufquote der Fragebögen zu gering aus, zum anderen muss davon ausgegangen werden, dass die grundsätzliche Ablehnung der Medien und Politik zu Vorbehalten an der Teilnahme der Befragung geführt hat (vgl. Pfahl-Traughber 2015: o.S.). Die Forschungsgruppe der ‚Protestforschung am Limit‘ weist zudem darauf hin, dass von einer Verzerrung hinsichtlich der sozialen Erwünschtheit ausgegangen werden muss.

Eine weitere Auseinandersetzung mit *PEGIDA* wurde vom Göttinger Institut für Demokratieforschung unter dem Titel ‚*PEGIDA* – Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?‘ publiziert. Mit Onlinebefragungen, Interviews und Gruppendiskussionen versuchte die Studie hinter die Überzeugungen, Einstellungen und Motivationen der *PEGIDA*-Bewegung zu blicken. In Gruppendiskussionen wurde, neben weiteren Themen, die Ablehnung gegenüber den Medien näher diskutiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sahen die Medien als ein „Konglomerat sich andienender, sich unterwer-

fender, sich prostituierender Berichterstatter“, die veröffentlichte Meinung auf Geheiß des von Lobbymächten gelenkten Staates orchestrieren (vgl. Geiges et al. 2015: 101). Die tägliche Berichterstattung wird als vorab gefilterter, bis zur Unkenntlichkeit verwässerter und zensierter Einheitsbrei wahrgenommen.

Die Kommunikation von *PEGIDA* über das soziale Netzwerk *Facebook* wird in diesem Beitrag unter dem Fokus des Wandels von Öffentlichkeit und Kommunikation betrachtet, der im Folgenden erläutert wird.

1.3 Öffentlichkeit und politische Kommunikation im Wandel

Erklärungsversuche der sich wandelnden Beziehung zwischen Politik, Medien und Öffentlichkeit sind unter anderem in der Öffentlichkeitstheorie von Patrick Donges und Kurt Imhof (2001) zu finden. Die Autoren beschreiben einen Wandel der Öffentlichkeit auf Basis der Theorie des Strukturwandels der Öffentlichkeit von Jürgen Habermas (1990). Der Fokus liegt dabei auf den jüngsten Ausdifferenzierungsprozessen eines unabhängigen und autonomen Mediensystems (vgl. Donges/Imhof 2001: 106). Den Autoren zufolge sind die neuen Medien ideologisch offener und flexibler gegenüber den klassischen medialen Öffentlichkeiten (vgl. Imhof 2006: 19). Dies erleichtert die Verbreitung von Einstellungen und Meinungen. Dadurch können beispielsweise extreme Positionen leichter an eine Öffentlichkeit vermittelt und ein eigenes Publikum generiert werden (vgl. ebd.: 19f). Die große Bandbreite an Information führt dazu, dass die Botschaften nach Aufmerksamkeitsbedürfnissen gestaltet werden müssen. Der Wandel der Öffentlichkeit rückt die Medien in eine zentrale Position in der Gesellschaft. Dies führt dazu, dass norm- und wertsetzende Institutionen wie Religion, Parteien und soziokulturelle Milieus an Bedeutung verlieren und durch sinn(re)produzierende Medien ersetzt werden (vgl. Donges/Imhof 2001: 121). Gleichzeitig müssen sich politische Akteurinnen und Akteure an die neuen Anforderungen der Kommunikation anpassen (vgl. ebd.: 122). Daraus ergeben sich für Donges und Imhof (2001: 122ff.) neue Vermittlungslogiken der Medien in vier Dimensionen:

1. In der Sozialdimension führt der Wandel dazu, dass Parteien und Verbände als Vermittlungsorgane an Bedeutung verlieren und gleichzeitig mit einer Medienarena konfrontiert werden, die sich politischen Themen selektiv annimmt und die Agenden verändert. Soziale Medien fördern hier die Herausbildung einer neuen Medienarena.

2. In der Sachdimension müssen sich politische Organisationen der medialen Produktionslogik anpassen und ihre Inhalte nach deren Anforderungen aufbereiten.
3. Die Zeitdimension erfordert eine Anpassung der kommunizierten Inhalte an die Aktualitätsanforderungen der Medien.
4. In der sozialräumlichen Dimension kommt es zu einer Entkopplung nationaler Geltungsräume, die dazu führt, dass politische Institutionen Teilöffentlichkeiten gegenüber stehen.

Die Auswirkungen der beschriebenen Wandlungsprozesse sind auch bei *PEGIDA* zu finden, besonders der Bedeutungsverlust von norm- und wertsetzenden Institutionen sowie die steigende Relevanz sozialer Medien. An die neuen Vermittlungslogiken muss sich die Bewegung ebenfalls anpassen, um überhaupt wahrgenommen zu werden.

1.4 Neue Räume der Verständigung

Unter diesen veränderten Bedingungen bilden sich neue Räume der Verständigung. Darin stehen Teilöffentlichkeiten zu unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten in einem Konkurrenzverhältnis zur etablierten Öffentlichkeit. Diese Teilöffentlichkeiten werden nach Nancy Fraser als ‚subalterne Gegenöffentlichkeiten‘ bezeichnet. Darunter versteht Fraser „parallel existierende diskursive Arenen, in denen Mitglieder untergeordneter sozialer Gruppen Gegendiskurse erfinden und verbreiten. Die Gegendiskurse erlauben ihnen oppositionelle Interpretationen ihrer Identitäten, Interessen und Bedürfnisse zu formulieren.“ (Fraser 1997: 129) Sie bieten für ihre Mitglieder die Möglichkeit, sich in einem Forum über Themen auszutauschen und sich Gehör zu verschaffen. Fraser sieht in diesen Gegenöffentlichkeiten jedoch nicht nur positive, demokratiefördernde Auswirkungen, auch antidemokratische und antiegalitäre Kräfte können entstehen (vgl. Fraser 1997: 130).

Die Möglichkeit, sich zu Interessensgemeinschaften abseits der etablierten Institutionen zusammenzuschließen, nimmt *PEGIDA* wahr. Gründe dafür liegen unter anderem im Vertrauensverlust in das politische System und der steigenden Motivation, selbst aktiv zu werden, da sie ihre Anliegen von den Repräsentantinnen bzw. Repräsentanten der politischen Parteien nicht angemessen vertreten sehen (vgl. Baringhorst 2014: 94). Um Resonanz für ihre Themen erzeugen zu können, sind sie auf öffentliche Aufmerksamkeit ihrer Problembeschreibungen, Forderungen und Ziele angewiesen (vgl. ebd.: 94).

1.5 Der politische Prozess als Inszenierung

Diese Politikverdrossenheit und der steigende Aktivismus von Seiten der Gesellschaft ist Teil der Betrachtung des britischen Politikwissenschaftlers und Soziologen Colin Crouch. Er schreibt der aktiven Zivilgesellschaft die Wirkungsmacht zu, Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Prozesse zu nehmen. Der Begriff Postdemokratie beschreibt Situationen,

[...] in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen Repräsentanten mächtiger Interessengruppen [...] weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger [...]; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen ‚von oben‘ dazu überreden muss, überhaupt zur Wahl zu gehen. (Crouch 2008: 30)

In der Postdemokratie sind demokratische Prozesse zur reinen Inszenierungen geworden, Parteien und gesellschaftlich relevante Institutionen haben an Vertrauen verloren und die Gesellschaft kapselt sich zunehmend ab (vgl. Crouch 2004: 133). Die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten vermögen die Interessen des Gemeinwohls nicht länger vertreten zu können, da sie zunehmend unter Einfluss privater Interessensgruppen handeln. Einen Grund für den Niedergang der Demokratie benennt Crouch mit dem Verlust von Identitätskonzepten und fehlender Thematisierung von Anliegen der Gesellschaft. Dies hat zur Konsequenz, dass sich die Gesellschaft nicht mehr mit der Demokratie identifizieren kann und damit auch nicht für diese Themen mobilisierbar ist. Er erklärt den Zuspruch zu konservativen und rechten Parteien damit, dass das Wahlverhalten der Menschen stärker auf Identitäten und Zugehörigkeiten basiert, als auf wirtschaftlichen Überlegungen. Viele Parteien berufen sich auf Wertesysteme, die bereits veraltet sind und der veränderten Gesellschaft nicht mehr gerecht werden. Es müssen neue Zugehörigkeiten geschaffen und vermittelt werden, um die Gesellschaft zu bewegen und zu aktivieren (vgl. Crouch 2008: 155). Soziale Bewegungen werden in der Postdemokratie als Teil der offiziellen Politik gesehen, in denen Potenziale, aber auch Risiken vereint sind. Nach Crouch müssen Bewegungen immer mit Vorsicht beobachtet werden, da sich neben prodemokratischen immer auch extreme und rassistische Bewegungen herausbilden können (vgl. Crouch 2008: 149).

In diesem theoretischen Rahmen lassen sich Bezugspunkte und Erklärungsmöglichkeiten für das Phänomen *PEGIDA* finden. Die Bewegung passt sich mit der Nutzung sozialer Netzwerke an die neuen Verbreitungsmechanismen an und setzt diese ein, um eine Öffentlichkeit herzustellen, Aufmerksamkeit zu generieren und Themen auf die mediale und politische Agenda zu bringen. Damit lassen sie sich nach Frasers Verständnis als Gegenöffentlichkeit begreifen, die *Facebook* als diskursive Arena nutzt und den Ver-

sich unternimmt, ihre Standpunkte zu formulieren. Sie kritisieren deutlich die Ausführung der Demokratie durch die herrschenden Politikerinnen bzw. Politiker sowie Parteien und sehen ihre Legitimität in der Unfähigkeit der Regierung, Probleme zu erkennen und richtige Entscheidungen zu fällen.

Nach der einleitenden Problemstellung und theoretischen Betrachtung liegen diesem Beitrag folgende forschungsleitende Annahmen zu Grunde:

- *PEGIDA* nutzt das soziale Netzwerk *Facebook* zur Herstellung und Stärkung einer Teilöffentlichkeit.
- Durch den Vertrauensverlust *PEGIDAS* in das etablierte System, misst die Bewegung sozialen Medien eine höhere Bedeutung zu als den Massenmedien.
- Die Konzentration auf soziale Netzwerke sowie der Vertrauensverlust in die Massenmedien deuten auf ein verändertes Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und den Medien hin.

2 Methodenteil

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde ein zweistufiges Untersuchungsdesign entwickelt. Die erste Stufe der Untersuchung erfolgt mittels qualitativer Inhaltsanalyse 20 ausgewählter *Facebook*-Beiträge von *PEGIDA*. Die Erkenntnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse dienen in einem zweiten Schritt dazu, Frames in der Kommunikation von *PEGIDA* zu identifizieren.

2.1 Die Qualitative Inhaltsanalyse

Die qualitative Inhaltsanalyse stellt in diesem Beitrag die Vorstudie der Framing-Analyse dar und dient dazu, die Texte systematisch nach potenziellen Risiken für die Demokratie und antidemokratischen Merkmalen zu analysieren. Im Rahmen dieser Arbeit eignet sich die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2002), da diese Methode eine von der Theorie geleitete, methodisch kontrollierte und hypothesenprüfende Auswertung ermöglicht. Die qualitative Inhaltsanalyse zielt darauf ab, die Vorteile der quantitativen Inhaltsanalyse zu bewahren und weiter zu entwickeln. Ein Gewinn liegt darin, dass mit Hilfe der Inhaltsanalyse vergangene Kommunikationsprozesse dargestellt werden können, die nicht an die physische Anwesenheit von Personen gebunden sind. Damit ist keine Kooperation von Versuchspersonen notwendig, was eine zeitunabhängige und reproduzierbare Analyse ermöglicht (vgl. Brosius/Haas/Koschel 2012: 141). Für die vorliegende Forschungsfrage wurde eine Explikation des textlichen Materials hinsichtlich der antidemokratischen Tendenzen vorgenommen. Um den Deutungsrahmen der Beiträge zu erweitern, wurde das direkte Textumfeld der Beiträge

ebenfalls einbezogen. In diesem Fall zählten im Beitrag enthaltene Artikel, Links, Bilder, Grafiken und Karikaturen dazu. Die Kategorienbildung erfolgte induktiv, wurde also aus dem Material heraus entwickelt. Die Reliabilitätsprüfung des Kategoriensystems erfolgte in Form einer Rückkopplungsschleife. In dieser Prüfungsform wurden die Kategorien nach Untersuchung von 50 Prozent des Materials rückgeprüft. Da es sich bei dieser Methode um eine sehr subjektive Kategorisierung handelt, wurde die Durchführungs- und Interpretationsobjektivität zusätzlich in einem zweiten Kodierungsdurchlauf durch eine weitere kodierende Person geprüft.

Gegenstand der Untersuchung war eine Auswahl der Beiträge, die zwischen dem 1. Januar und dem 30. März 2015 auf der Facebook-Seite im Namen *PEGIDAS* veröffentlicht wurden. Ausgeschlossen wurden reine Ankündigungen, Beiträge mit weniger als zwei vollständigen Sätzen oder reinen Schlagwörtern. Ebenfalls ausgeschlossen wurden geteilte Beiträge und Profilaktualisierungen (Titelbild, Profilbild, Hinzufügen von Bildern und Alben). Analysiert wurden schlussendlich 20 Beiträge unterschiedlichen Umfangs im festgelegten Zeitraum. Der Untersuchung lag ein Kategoriensystem zu Grunde, auf welches im folgenden Kapitel näher eingegangen wird.

2.2 Das Kategoriensystem

Unter der Kategorie (1) *Bereitstellung von Information* fallen alle Beiträge, die Information zu bestimmten Themen mit einem Neuigkeitswert enthalten. Dazu zählt Information mit der Absicht neues Wissen zu vermitteln, bestehendes Wissen zu verändern oder zu ergänzen. Es kann sich dabei um Information mit Neuigkeitswert, aber auch um Kommunikation von Meinung handeln (vgl. Burkart 2002: 402f.). Eingeschlossen darin sind textliche Beiträge in Form von Richtigstellungen, Pressemitteilung, Stellungnahmen und Ankündigungen sowie Ereignisse des Tagesgeschehen in Form von Auszügen aus der aktuellen Berichterstattung (Tageszeitung, Blogs, alternativen Medien usw.).

Die zweite Kategorie befasst sich mit erkennbaren (2) *Merkmale der Exklusion*. Darunter werden Aussagen und Andeutungen verstanden, die darauf angelegt sind, einzelne Menschen oder soziale Gruppen von der Teilhabe an der Gesellschaft, bestimmten Gesellschaftsbereichen oder Entscheidungen auszuschließen oder ihnen die Kompetenz der Teilhabe abzuspochen. Damit können Einzelpersonen, bestimmte (Bevölkerungs-) Gruppen, Nationen, Parteien, Akteure usw. gemeint sein. Exklusion wird dabei als soziales Problem verstanden, welches das Ergebnis einer kapitalistischen Gesellschaft ist (vgl. Kronauer 1996: 124).

Die Kommunikation von (3) *Vorurteilen, Stereotypen oder die Marginalisierung* bestimmter Bevölkerungsgruppen wurde in der dritten Kategorie gefasst. Als Stereotype

gelten generelle Urteile und Vorstellungen, die einer Gruppe zugeordnet werden. Die Gruppenzugehörigkeit wird über äußerliche Merkmale erschlossen (vgl. Appel 2008: 315). Unter einem Vorurteil wird im weiteren Sinne eine emotionale Bewertung verstanden, die sich durch Gefühle, Emotionen und Stimmungen im Hinblick auf die Gruppe oder deren Mitglieder manifestiert. Ein Vorurteil kann auch als Art Überkategorie für kognitive, affektive und verhaltensmäßige Reaktionen auf Personen aufgrund ihrer religiösen, ethischen oder geschlechtlichen Gruppenzugehörigkeit verstanden werden (vgl. Appel 2008: 316). Im wissenschaftlichen Kontext findet der Begriff des Vorurteils meist Verwendung, wenn es um affektive Bewertungen geht. Von Stereotypen spricht man hingegen, wenn gesellschaftliche, über das Individuum hinausgehende Konstruktionen einer Fremdgruppe oder individuelle Verarbeitungsprozesse im Zentrum stehen (vgl. ebd.: 316).

Da zum Hauptanliegen der *PEGIDA*-Bewegung die Kritik am etablierten System gehört, wurden in der vierten Kategorie Ausdrücke und Beiträge dieser Art gesammelt. Unter (4) *Systemkritik* werden im weitesten Sinne kritische Äußerungen, Schuld- und Verantwortungszuschreibungen gefasst, die sich gegen die wirtschaftliche, soziale oder politische Ordnung eines Systems richten. Damit ist das politische System mit seiner Gesamtheit an Akteuren, Regeln und Verfahren, inklusive der dazugehörigen kulturellen, ökonomischen, und rechtlichen Subsystemen eingeschlossen (vgl. Brockhaus online 2015: o.S.). Unter der Kategorie werden ebenfalls die etablierten öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Massenmedien gefasst, die von *PEGIDA* konkret angegriffen werden. Diese Kategorie schließt Kritik an der Europäischen Union, der Staatsform, Regierung, Parteien, Politikerinnen bzw. Politikern, politischen Akteure, Behörden, Institutionen, Gesetzgebung, Medien und Medienvertreterinnen bzw. -vertretern mit ein.

Durch den Streitruf ‚Wir sind das Volk‘ suggerieren die Akteurinnen und Akteure, dass sie im Namen des Volkes sprechen und agieren. In welcher Form sie noch als (5) *Träger der öffentlichen Meinung* kommunizieren, wurde in dieser Kategorie zusammengefasst. Unter diese Kategorie fallen alle textlichen Beiträge, die suggerieren, dass es sich bei der Aussage um Mehrheits- oder öffentliche Meinung handelt. Öffentliche Meinung meint hier die durch Umfragen oder Wahlen gewonnene Summe von Einzelmeinungen, die Meinung der Mehrheit oder das Ergebnis rationaler und kritischer Diskussionen in der Öffentlichkeit (vgl. Donges/Imhof 2002: 105).

Diese Operationalisierung wurde zur besseren Einordnung des Materials hinsichtlich antidemokratischer Tendenzen herangezogen und diente damit zur Sichtbarmachung dominanter Frames.

2.3 Die Deutungsmuster hinter den Texten

Die zweite Stufe der Untersuchung befasst sich mit der Identifikation von Frames in den Ergebnissen der qualitativen Inhaltsanalyse. Die identifizierten Frames der Studie von Daphi et al. (2015) werden ebenfalls beachtet und es wird überprüft, inwieweit diese auch für die Kommunikation im sozialen Netzwerk *Facebook* gelten. Mit Hilfe dieser Methode sollen die kommunizierten Frames der Bewegungen identifiziert und hinsichtlich ihres antidemokratischen Potenzials untersucht werden. Das Framing wird in der Kommunikationswissenschaft als integrative Medientheorie verstanden. Ziel dieser Methode ist es, Deutungsmuster in medialen Texten zu erkennen, Aussagestrukturen in Medienangeboten zu beschreiben und Erklärungen der Regelmäßigkeit zu finden (vgl. Potthoff 2012: 18). Der Framing-Ansatz öffnet zudem den Blick dafür, dass Medienangebote und Texte ganze Netzwerke bedeutungstragender Einheiten enthalten, die gemeinsam einen Bedeutungshorizont konstruieren (vgl. Potthoff 2012: 22).

Dahinden (2006: 194) definiert Frames wie folgt:

Frames sind Deutungsmuster, die sich in allen Phasen von massenmedialen Kommunikationsprozessen (Public Relations, Journalismus, Medieninhalte, Medienwirkung) identifizieren lassen. Frames haben auf all diesen Ebenen vergleichbare Funktionen: Sie strukturieren Information in Formen von abstrakten, themenunabhängigen Deutungsmustern, welche Komplexität reduzieren und die Selektion von neuen Informationen leiten. Von Nachrichtenfaktoren unterscheiden sich Frames durch ihre höhere Komplexität und mehrdimensionale Struktur. Sie setzen sich aus mehreren Elementen zusammen, zu denen die Problemdefinition, die Identifikation von Ursachen, die Bewertung durch moralische Urteile sowie die Benennung von Handlungsempfehlungen gehören.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Kommunikationsprozess versuchen ihre Botschaften und Inhalte so zu framen, dass sie die gewünschte Zielgruppe ansprechen und eine Wirkung erzielen. Politische und zivilgesellschaftliche Bewegungen sind darauf angewiesen, Bedeutungs- und Interpretationsrahmen für ihre Themen zu entwickeln und damit einen Kontext zu schaffen, vor dessen Hintergrund Meinungen gebildet, Positionen diskutiert und verfestigt werden. Bei diesem Prozess spielen Massenmedien eine wichtige Rolle, indem sie je nach Aufbereitung eines Themas einen Kontext erzeugen und verändern können (vgl. Schmid-Petri 2012: 16).

3 Ergebnisse der Untersuchung

3.1 Anleitungen zum Kommentieren – *PEGIDAS* Kommunikationsstrategien

Den ersten Beitrag postete *PEGIDA* am 29. Dezember 2014 und noch heute werden regelmäßig Informationen geteilt und ‚geliked‘. Zum Zeitpunkt der Untersuchung zählt die *PEGIDA*-Gemeinschaft 159.673 *Facebook*-Userinnen und User (Stand 27.04.2014). Die *Facebook*-Nutzung von *PEGIDA* konzentriert sich auf die Mobilisierung von Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die Verbreitung von Ankündigungen, Informationen und Meinung sowie die Vernetzung mit weiteren Gruppierungen, Parteien und *PEGIDA*-Teilgruppen. Dabei ist ein starker Fokus auf dem Austausch von Meinungen und Informationen zu erkennen, die auf eine Diskussion der Themen im Kommentarbereich abzielen. In den textlichen Beiträgen lassen sich nur wenig konkrete Stellungnahmen, Positionen und Urteile finden. Vielmehr wird mittels Andeutungen, ironischen Formulierungen und strategisch ausgewählten Zitaten kommuniziert. Dies spricht für eine starke Vorsicht beim Veröffentlichen von einschlägigen Parolen, da sich die Inhalte schnell als rechts-konservativ, radikal und fremdenfeindlich einordnen lassen. In diesem Fall könnte eine Strafe für Volksverhetzung drohen. Das Ziel dieser Form der Kommunikation ist die Anregung von Diskussionen über und Auseinandersetzung mit Themen, die von den Seitenbesucherinnen und -besuchern stark angenommen wird. Die Debatten der Nutzerinnen und Nutzer reichen vom Austauschen weiterführender Information hin zu emotionalen Streitereien, wütenden Schimpfereien und rassistischen Äußerungen. In den Kommentaren sind, teilweise auch unabhängig vom eigentlichen Thema des Beitrags, menschenfeindliche, nationalistische und rassistische Parolen zu finden. Diese Aussagen sind oft von Gewalt geprägt. Die Nutzerinnen und Nutzer drücken das aus, was *PEGIDA* aufgrund von drohenden rechtlichen Konsequenzen zurückhält: rechtsradikale, islam-, ausländerfeindliche und antidemokratische Positionen sowie Hetze.

Ein Großteil der untersuchten Beiträge wird durch Links zu Zeitungen, Blogs und anderen Informationsquellen unterstützt. Trotz der ausgeprägten Medienkritik der Bewegung konzentriert sich *PEGIDA* hier nicht auf alternative Medien sondern bettet Quellen unterschiedlichster Art ein. Etablierte Medien wie *die Tagesschau* sind gleichermaßen vertreten wie die obskure rechtsaußen Publikation wie die *Junge Freiheit*. Die textliche Aufbereitung der Beiträge erfolgt mehrheitlich nach demselben Muster: Durch das Zitieren einzelner Satzfragmente aus den angeführten Quellen werden Themen neu kontextualisiert und teils in komplett andere Zusammenhänge gebracht. Dadurch entsteht ein gänzlich neues Bild einer Thematik – in Form einer Collage von Satzfragmen-

ten. Die Argumentation des Artikels wird dabei nur selten beibehalten und es kommt dazu, dass Sätze verdreht, zusammenhanglos und missverständlich im Raum stehen.

Auffällig sind die starke ironische Tonalität und der erkennbare Sarkasmus der Beiträge. Damit wird das Bild einer auswegs- und hoffnungslosen Situation verstärkt und Opfer- sowie Täterrollen zugeschrieben. Die Beiträge werden dazu genutzt, Verantwortliche für ein Problem zu benennen und bildlich an den Pranger zu stellen. Nicht selten werden Widersacher, von Gegendemonstranten über Individuen bis hin zu Parteimitgliedern und Aktivistinnen bzw. Aktivisten, mit ihrem persönlichen Profil verlinkt und direkt kritisiert. *PEGIDA* schafft sich mit ihrer *Facebook*-Seite eine Teilöffentlichkeit, in der die vertretenen Interessen kommuniziert, diskutiert und gefestigt werden. Durch die zahlreichen offenen und fast tabulosen Diskussionen schaffen sie eine Diskursarena, in der kollektive Identität entsteht, die stark mobilisierend wirkt.

Wie *PEGIDA* selbst die publizierten Beiträge durch ihre Kommentare framet und welche weiteren Deutungsmuster in den Beiträgen zu finden sind, wird im nächsten Abschnitt näher betrachtet. Dazu wurden die Inhalte der Beiträge den zuvor festgelegten Kategorien (siehe Operationalisierung) zugeordnet und gedeutet. Die Häufigkeit der Themen sowie deren vorgegebener Deutungsrahmen von *PEGIDA* spiegeln sich in der nachfolgenden Framing-Analyse wieder.

3.2 Frames und deren Deutung

Nach der Häufigkeit der Thematisierung eines Problems- oder Themenzusammenhangs wurden die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse gebündelt. Durch diese Strukturierung des Materials konnten vier dominante Frames identifiziert werden:

1. Islamkritik und Islamisierung
2. Die ‚Anderen‘ als Feindbild
3. Kritik an Medien und Berichterstattung
4. Kritik an der Asyl- und Abschiebungspolitik

3.2.1 Islam und Islamisierung

Die Kritik am Islam und an Muslimen sowie die Thematisierung einer Islamisierung Deutschlands und Europas stellen das am häufigsten kommunizierte Thema im Untersuchungszeitraum dar. Die Islamisierung befindet sich, diesem Frame nach, auf einem unaufhaltsamen Vormarsch und hat bereits unzählige Bereiche des alltäglichen Lebens durchdrungen. Die Gefahr wird durch verschiedene Beiträge aufgezeigt und untermauert: In einem Beitrag wird die französische Nationalmannschaft genannt, in der, laut eines angefügten Artikels in *DIE WELT* (vgl. Lobe 2015: o.S.), eine Umstrukturierung

nach den Glaubenssätzen des Islams droht. Eine Umfunktion der Umkleideräume zu einer Moschee führe demnach zu einer „Halalisierung des Fußballs“ (vgl. ebd.). *PEGIDA* sieht den Volkssport Fußball durch die Islamisierung gefährdet und dies als Zeichen misslungener Integration (Pegida-Facebook 2015g: o.S.). Damit schürt *PEGIDA* Angst vor einer unkontrollierten Durchdringung der islamischen Kultur. Beispiele dieser Art werden von *PEGIDA* genutzt, um die Bedrohung der europäischen Kultur durch die Ausbreitung der islamischen Kultur zu verdeutlichen. Die Durchdringung der Lebensbereiche durch den Islam beginnt für *PEGIDA* bereits in Schulen und Kindergärten. Muslimische Kinder neigen gemäß diesem Framing bereits in jungen Jahren zu Gewalt und zeigen keine Bereitschaft zur Anpassung. Zur Untermauerung dieses Vorwurfes wird ein Beitrag des Südwestrundfunks (vgl. SWR 2015: o.S.) angefügt, in dem von aggressiven Übergriffen von muslimischen Kindern auf Lehrende berichtet wird. Mit der Islamisierung konstruieren sie zudem eine Bedrohung für Juden durch den Islam und einen wiederaufkommenden Antisemitismus.

Die Terroranschläge von Paris am 7. Januar 2015 werden von *PEGIDA* als Daseinsberechtigung und Legitimierung für ihren Protest gesehen. In einer Rede von Hauptinitiator Lutz Bachmann, die am 12. Januar auf *Facebook* veröffentlicht (mittlerweile jedoch entfernt wurde) wird dieser Zusammenhang so beschrieben:

Abermals erschüttert ein grauenvoller, religiös motivierter Terroranschlag die Welt. Nach dem fürchterlichen Gewaltakt des christlichen Fundamentalisten Andreas Breivik mit 77 Toten, ist Paris ein weiterer Beweis für die Daseinsberechtigung von *PEGIDA*! (Pegida-Facebook 2015b: o.S.)

PEGIDA differenziert in ihrer Kritik nicht zwischen dem Islam, Islamisten, Moslems oder Terroristen. Die Begriffe werden wahllos gebraucht oder unter ‚der Islam‘ zu einem Stereotyp zusammengefasst. Dieses Deutungsmuster beschwört eine große Gefahr, die aus dem fehlenden oder falschen Handeln der Regierung resultiere. Die Regierung verschließe die Augen vor der Problematik, dass sich der Islam zu einer hochgradig gefährlichen Ideologie entwickelt hat, die langsam alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt.

3.2.2 Die ‚Anderen‘ als Feindbild

In diesem Frame geht es um eine grundsätzliche Abgrenzung und Diffamierung linker Parteien, Bewegungen und Demonstrierender. Dies geschieht durch die Zurückweisung von Vorwürfen, der Zuschreibung von Verantwortung von Ausschreitungen bei Demonstrationen, Handlungsversäumnissen und persönlichen Anprangerungen linker Akteurinnen und Akteure. Die Linken werden pauschal als ‚Gutmenschen‘ bezeichnet,

die vor den Problemen die Augen verschließen, weghören und sich wegducken (Pegida-Facebook 2015a: o.S.). Probleme werden nicht erkannt, sondern ignoriert und der drohenden Islamisierung freien Lauf gelassen.

In den Beiträgen werden Politikerinnen bzw. Politiker oder Aktuerinnen bzw. Akteure des linken Spektrums offen angeprangert, mit persönlichem *Facebook*-Profil verlinkt und kritisiert. Die politischen Widersacher werden in diesem Deutungsmuster als diffuse, gewalttätige und radikale Gefahr dargestellt und als „linksgrüne Faschisten“ sowie „linksextremistische Verbrecher“ bezeichnet, die „Steine werfen und Autos anzünden“ (Pegida-Facebook 2015d: o.S.). Nach Demonstrationen, bei denen es zu Ausschreitungen gekommen ist, identifiziert *PEGIDA* schnell die Störenfriede im linken Lager. Diese Abgrenzung wird von *PEGIDA* stark zur Legitimierung ihrer Ansichten und Vorhaben missbraucht; in der Unfähigkeit der Linken und anderer Gruppierungen sehen sie ihre Daseins- und Handlungsbemächtigung. Das Deutungsmuster ist sehr präsent in der *Facebook*-Kommunikation. Anfeindungen und Vorwürfe bieten ein klares Feindbild, beeinflussen die Wahrnehmung der politischen Widersacher und entfalten damit eine mobilisierende Wirkung.

3.2.3 Kritik an Medien und Berichterstattung

Ein zentraler Kritikpunkt der *PEGIDA*-Bewegung sind die Medien, deren Vertreterinnen bzw. Vertreter und die aktuelle Berichterstattung. Dieser Frame durchzieht fast alle Themen der Beiträge; laut *PEGIDA* tragen die Medien Verantwortung für die Hetze gegen *PEGIDA* selbst, das Verdrehen und Durcheinanderwerfen von Fakten und Tatsachen sowie das fehlende Problembewusstsein der Bevölkerung. Damit machen sie die Medien auch für die Ablehnung *PEGIDA*s in der Öffentlichkeit verantwortlich, die das Ergebnis falscher, fehlerhafter und feindlicher Berichterstattung sei. Das latente Misstrauen veranlasst *PEGIDA* dazu, in ihren Beiträgen immer wieder auf fehlerhafte Medienberichte zu verweisen, genannte Zahlen zu korrigieren und vor der Gefahr einer „medialen Hinrichtung“ zu warnen (Pegida-Facebook 2015f: o.S.).

Die Medien stehen für *PEGIDA* in enger Verbindung zur Politik. Die Politik beeinflusst und gibt die Themenagenda der Medien vor, liefert falsche Zahlen und arbeitet gemeinsam mit den Medien an der Manipulation der Gesellschaft sowie der Diskreditierung kritischer Bewegungen wie *PEGIDA*. Diese Verbindung kommuniziert *PEGIDA* beispielsweise in einem Beitrag zur direkten Demokratie (Abb.:1). Hier wird von den Schweizer Erfahrungen mit mehr Bürgerbeteiligung berichtet und aufgezeigt, welche negativen Auswirkungen politische Prozesse mit sich bringen können. *PEGIDA* bezeichnet diesen Artikel aus der Online-Ausgabe *DIE WELT* (vgl. Vuichard 2015: o.S.)

als gezielte Propaganda gegen die Forderung *PEGIDA*s nach einer direkten Demokratie.

 **PEGIDA**
3. Februar · Bearbeitet · 

Das sieht man ja ganz deutlich, die Schweiz ist sowas von am Ende, oder [Ignaz Bearth \(offiziell\)](#)?

Überall werden die Stimmen lauter, wie z.B. durch [PEGIDA](#), welche Volksabstimmungen auf Bundesebene fordern, ab jetzt wird, wie durch solche Artikel, dagegen gearbeitet.

Hauptsache wieder alles schön durcheinander werfen, Propaganda vom allerfeinsten. 

(...)Die Pegida-Demonstranten in Dresden fordern Volksabstimmungen wie in der Schweiz. Doch während die wachsende Zahl der Abstimmungen hierzulande eher positiv gesehen wird, mehren sich im Nachbarland die Stimmen, die vor wirtschaftlichen und politischen Risiken warnen.

Denn seit dem Ja zur Minarett-, zur Abzocker- und vor allem zur Masseneinwanderungsinitiative ist bewiesen, dass in der Schweiz auch fremden- und wirtschaftsfeindliche Resultate möglich sind. "Der Erklärungsbedarf gegenüber Unternehmen, die sich für einen Standort in der Schweiz interessieren, ist enorm gestiegen", sagt Balz Hösly, Präsident des Standortvermarkters Greater Zurich Area (GZA).(...)

(SD)

Kumulierte Anzahl der Volksinitiativen in der Schweiz



196

200

150

100

50

0

1891 2014

QUELLE: BILANZ

In der Schweiz herrscht zu viel Demokratie

Die Schweiz kämpft mit dem starken Franken. Doch es plagt sie ein noch fundamentaleres Problem: Die Zahl der Volksentscheide steigt und die Wünsche des Volkes werden immer extremer.

WELT.DE | VON FLORENCE VUICHARD

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

 Mirco Müller, Marc Reuter, Bea Ullrich und 694 anderen gefällt das.

Abb. 1: Zu viel Demokratie in der Schweiz (Pegida-Facebook 2015c: o.S.)

PEGIDA wirft den Medien gezielte Propaganda gegen den Willen des Volkes vor und eine Vorgehensweise gegen kritische Stimmen im Stil einer medialen Hinrichtung. Trotz dieser Ablehnung und lauten Kritik ist *PEGIDA* auch hier nicht konsequent und bleibt widersprüchlich. Wenn Berichterstattung in ihre Weltanschauung passt, wird sie in die Kommunikation eingebunden. Auch die etablierten Massenmedien finden nicht

selten Verwendung, wohingegen alternative Nachrichten- und Blogs selten zu finden sind. In diesem Frame werden Schlagwörter wie ‚Fake-Reporter‘, ‚übliche Verdächtige‘, ‚Lügenpresse‘ oder ‚Propaganda‘ häufig verwendet.

3.2.4 Kritik an der Asyl- und Abschiebungspolitik

Sehr stark kritisiert *PEGIDA* die europäische und deutsche Asyl- und Abschiebungspolitik. Die verantwortlichen Instanzen (Regierung, Politik, Gesetzgebung) werden als unfähig, überfordert und untätig angesehen. Die bisher angewandten Maßnahmen sind nicht effektiv, sondern chaotisch und werden mit grundsätzlichem Misstrauen betrachtet. *PEGIDA* unterstellt dabei der deutschen und europäischen Politik ein Verschleiern und Zurückhalten der wahren Zahlen sowie eine gezielte Täuschung der Bevölkerung. In einem Beitrag zeigt *PEGIDA* die Überlastung und Überforderung der staatlichen Behörden auf, die Asylanträge überhaupt zu bearbeiten. Als Folge des Problems blieben deutlich mehr Menschen in Deutschland, die Zahlen werden jedoch vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten. Ihre Forderungen diesbezüglich lassen sich ebenfalls der Rede von Lutz Bachmann vom 12. Januar 2015 entnehmen (Pegida-Facebook 2015b: o.S.). *PEGIDA* fordert:

1. Ein Zuwanderungsgesetz, um die „unkontrollierte quantitative Zuwanderung“ zu stoppen.
2. Ein „Recht auf Pflicht zur Integration! [...] Diese Pflicht zur Integration beseitigt [...] viele Ängste der Menschen zum Thema Islamisierung, Überfremdung und Verlust unserer Kultur automatisch!“
3. Eine „Konsequente Ausweisung bzw. Wiedereinreiseverbot für Islamisten“.

Ein Beitrag vom 19. Februar greift die Asylproblematik ebenfalls auf und enthält neben mehreren Links zu Online-Nachrichtenseiten diese Einleitung von den Seitenbetreibern (Abb.:2 Trojanisches Pferd):



Das System "Trojanisches Pferd", man darf gespannt sein.

Infiltration in die Bereitstellungsräume, schön gemächlich, schön schleichend.

Zum Glück hat ja jede Polizeibehörde in Europa ausreichend Beamte und Material zur Verfügung, um dementsprechenden Plänen und Vorkommnissen angemessen nachzugehen, diese zu erkennen und zu verhindern, oder?

Abbildung 2: Trojanisches Pferd (Pegida-Facebook 2015e: o.S.)

Darin werden Flüchtlinge und Asylsuchende hauptsächlich als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet, die Sozialleistungen beziehen und die Ressourcen für ‚wahre‘ Flüchtlinge blockieren. Sie konstruieren die Bedrohung eines ‚trojanischen Pferdes‘, das Europa mit, als Flüchtlinge getarnten, Terroristen schleichend infiltriert. Sie machen die Flüchtlings- und Asylproblematik zu einer akuten Gefahr, indem sie unter den Betroffenen versteckte Terroristen vermuten. Auch die Unterscheidung zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und ‚wahren‘ Flüchtlingen wird nicht konkretisiert, bleibt diffus und verstärkt so die bestehende Unsicherheit.

3.3 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die hier durchgeführte Untersuchung kommt zu einem ähnlichen Ergebnis wie die Studie ‚Protestforschung am Limit‘ (2015). Das Framing von *PEGIDA* in den *Facebook*-Beiträgen erweist sich als vielschichtig und teils sehr widersprüchlich. In manchen Fällen scheint diese Widersprüchlichkeit Teil eines strategischen Kalküls zu sein, in anderen Fällen sollen damit wohl möglichst viele Interessensgruppen angesprochen werden (vgl. Daphi et al. 2015: 47). Während die ‚Protestforschung am Limit‘ die Kritik an der Asyl- und Einwanderungspolitik als häufigstes Frame identifizierte, wurde in der *Facebook*-Kommunikation der Fokus auf die Islamisierung des alltäglichen Lebens gelegt. Diese Thematik erzeugt eine höhere Betroffenheit und birgt eine akute Bedrohung der Gesellschaft, die effektiv zu Mobilisierungs- und Legitimierungszwecken ausgenutzt werden kann. Eine Integration von Muslimen ist bereits aufgrund der kulturellen Unterschiede zum Scheitern verurteilt. *PEGIDA* zeichnet damit gezielt Bilder, die als Beweise für die drohende Durchdringung der deutschen Kultur dienen sollen. Ob gewalttätige Kinder und Jugendliche, Gebetsrufe des Muezzin in dörflichen Gemeinden oder als Flüchtling getarnte Terroristen: Unter dem Deckmantel der Islamkritik werden fremdenfeindliche und rassistische Äußerungen verbreitet.

Die Ablehnung des politischen Systems begründet *PEGIDA* dadurch, dass Politikerinnen und Politiker verblendet und von wirtschaftlichen Interessen geleitet sind. Ihnen wird jede Kompetenz abgesprochen, adäquate Entscheidungen zu treffen. Sie gelten als arrogant und aggressiv gegenüber der Gesellschaft. Nur wenige Politikerinnen und Politiker wagen es, die Probleme beim Namen zu nennen (unter anderem Sarazin, Buschkowsky), alle anderen schweigen über die offensichtlichen Probleme aus Angst, „mit Schimpf und Schande medial hingerrichtet zu werden.“

Die negativen Reaktionen gegenüber *PEGIDA* und die Verortung im rechten Spektrum sieht *PEGIDA* als Teil einer Verschwörung und Diffamierungskampagne der Medien und des politischen Systems. Dieser Vorwurf der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung wird von der Bewegung als wichtiger Mobilisierungsmechanismus genutzt.

Den Medien wird ihre Funktion als Vierte Gewalt gänzlich abgesprochen. Sie werden zum gleichgeschalteten Mittäter und zur verantwortlichen Instanz der gesellschaftlichen Probleme gemacht. Auch hier setzt *PEGIDA* wieder auf einen hohen Grad an Betroffenheit. Die Anhänger *PEGIDA*s sehen im Vorwurf der Presse, rechtsradikal zu sein, ihr Bild der ‚Lügenpresse‘ bestätigt.

Gegenüber den ‚Anderen‘ schneiden auch die Befragten der Göttinger Studie einen sehr aggressiven Ton an. Als „linkes Pack“, „Asylanten“ und „Zigeuner“ wertet, diffamiert und kritisiert *PEGIDA* „den Islam“, „die Muslime“ und Links-Aktivistinnen bzw. Aktivistinnen. In den Gruppendiskussionen dominierte das kulturalistisch-rassistische anti-muslimische Ressentiment (vgl. Geiges et al. 2015: 181). Begriffe wie ‚Türkisierung‘ und ‚Bosniaken‘ deuten darauf hin, dass ‚Muslime‘ und der ‚Islam‘ als Kategorien dienen, die auf kulturalistischen und ethnisierenden Stereotypen basieren (vgl. Geiges et al. 2015: 182). Den Islam beschreiben die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer als „gewalttätig, frauenfeindlich, rückständig, archaisch und intolerant“ (vgl. Geiges et al. 2015: 182). Diese Erkenntnisse konnte die Analyse der *Facebook*-Kommunikation bestätigen. Auch hier waren die Beiträge von Stereotypen, Vorurteilen sowie der Exklusion geprägt. Darin lässt sich eine Unterteilung in Opfer und Täter erkennen. Als Täter gelten in erster Linie die Politikerinnen bzw. Politiker und die Medien sowie in weiterer Folge die oppositionellen Bewegungen und Gegenbewegungen. Die Täter kehren die ‚wahren‘ Probleme, wie Überfremdung und Gefahren, durch den Extremismus unter den Tisch und spielen so den Islamisten und kriminellen Wirtschaftsflüchtlingen in die Hände (vgl. Daphi et al. 2015: 49). Damit sieht sich *PEGIDA* als aufklärende Instanz, die als einzige die Probleme erkennt und benennt.

4 Schlussbetrachtung

In der abschließenden Betrachtung wird nun der zweite Teil der Forschungsfrage beantwortet. Dabei geht es um die Risiken, die durch Bewegungen wie *PEGIDA* für die Demokratie entstehen können.

4.1 (Rechts-)Populismus statt rationale Deliberation

Im Zusammenhang mit demokratie-gefährdenden Risiken von *PEGIDA* ist in erster Linie der stark ausgeprägte Rechtspopulismus mit rechtsradikalen und menschenfeindlichen Äußerungen zu nennen. Die Gefahr des Populismus entsteht durch eine Argumentation nach Schwarz-Weiß-Muster, eine einfache Rhetorik, die oft sinnvolle, unvermeidbare Tabus unterminiert und sich durch einen Kampagnenstil auszeichnet, der mit der politischen Kultur polarisiert (vgl. Geiges et al. 2015: 186). Dabei steht die Ver-

stärkung und Bekräftigung von Ängsten, Verunsicherungen, Bedrohungen, Stereotypen und Vorurteilen im Mittelpunkt. Diese Form der Kommunikation bietet, durch die vermeintlich einfachen Lösungen, die handlichen Feindbilder und die Rollenunterteilung in Opfer und Täter, großes Anschlusspotenzial. *PEGIDA* setzt diese Mechanismen in hohem Maße ein, um mittels Verallgemeinerungen und Hetze gegen den Islam, andere Kulturen, das politische System und die Medien vorzugehen. Damit bestärken sie die Orientierungslosigkeit und Verunsicherung in der Gesellschaft und ebnen den Weg für fremdenfeindliches Gedankengut.

4.2 „Wir sind das Volk“

Ebenfalls problematisch ist der Anspruch, über eine Mehrheitsmeinung zu verfügen und im Namen des Volkes zu sprechen. Dies wird durch die Parole „Wir sind das Volk“ ausgedrückt. Diese Parole enthält jedoch in der Deutung einen Subtext: Damit gehören die ‚Anderen‘, in diesem Fall Andersdenkende und Migrantinnen bzw. Migranten, nicht zum Volk und sind ausgeschlossen (vgl. Pfahl-Traugher 2015: o.S.). Diese Strategie kann mit Hilfe der sozialen Medien noch verstärkt werden, denn im Internet wird gehört, wer am lautesten ist (vgl. Borchardt 2012: 77). Dadurch kann eine kleine Bewegung wie *PEGIDA*, die sich weit entfernt von einer Repräsentativität bewegt, (kurzfristig) den Eindruck erwecken, eine Mehrheitsmeinung zu vertreten und dadurch Menschen mobilisieren. Durch die Ablehnung der repräsentativen Demokratie, dem aktuellen politischen System, ihren Forderungen nach konservativen Leitvorstellungen und dem Wunsch nach mehr „Recht und Ordnung“ vertreten sie einen identitären Demokratiebegriff (vgl. Geiges et al. 2015: 181).

4.3 Statt ‚Lügenpresse‘ schafft sich *PEGIDA* eine eigene Teilöffentlichkeit

PEGIDA spiegelt in ihrer Ablehnung der Medien die Thesen Colin Crouchs wider; sie sehen die Medien nicht länger als Vierte Gewalt, sondern viel mehr von den Interessen der Politik und Wirtschaft geleitet und manipuliert. Die Medien handeln profitorientiert und sind demnach nur auf Sensation aus, anstatt objektiv zu berichten.

Indem sie das Gespräch mit den Medien und politischen Vertretern ablehnen (nicht immer verweigern), entsteht die Gefahr, dass sich zentrale Aushandlungsprozesse mehrheitlich der Öffentlichkeit entziehen und gesellschaftliche Probleme in medialen Teilöffentlichkeiten ausgetragen werden. In Folge dessen könnten sichtbare Öffentlichkeiten verschwinden und durch intransparente Teilöffentlichkeiten ersetzt werden (vgl. Grunewald et al. 2006: 66). Die sozialen Medien bieten für diese Teilöffentlichkeiten einen großen Vorteil: Indem Bewegungen wie *PEGIDA* selbst zum

Kommunikator werden und Deutungsmuster ihrer Ansichten entsprechend kommunizieren, können sie sich ein eigenes Informationssystem schaffen.

4.4 Fazit und Diskussion

Wie bereits die vorherigen Studien und Untersuchungen zu *PEGIDA* feststellten, handelt es sich bei der Bewegung um ein schwer greifbares und inkohärentes Konstrukt. Die Zielsetzung dieses Beitrages war nicht, das Phänomen *PEGIDA* in seiner Gesamtheit zu begreifen, sondern am Beispiel *PEGIDAS* zu prüfen, inwieweit soziale Medien antidemokratische Potenziale hervorbringen und befähigen können.

Die Analyse der *Facebook*-Beiträge von *PEGIDA* veranschaulicht die neuen Formen zivilgesellschaftlichen Protests durch soziale Medien, wie eine eigene Teilöffentlichkeit aufgebaut werden und ein Diskurs entstehen kann. Soziale Netzwerke wie *Facebook* sind damit nicht als grundsätzlich demokratiefördernde Medien zu betrachten und bedürfen immer einer differenzierten Analyse, die auch die Risiken in den Blick nimmt. *PEGIDA* stellt ein passendes Beispiel dieser Ambivalenz dar. Das vermeintliche Vertreten einer Mehrheitsmeinung, die Tarnung rassistischer Äußerungen und Ansichten unter dem Mantel der Kritik machen es schwer, die Gefahren zu identifizieren und *PEGIDA* einzuordnen. An dieser Stelle muss jedoch angemerkt werden, dass die Ergebnisse der hier durchgeführten Analyse der *Facebook*-Beiträge nicht repräsentativ für die *PEGIDA*-Bewegung aufgefasst werden können, denn nicht alle Besucherinnen und Besucher der *PEGIDA*-Seite sind auch *PEGIDA*-Sympathisanten oder Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer an den Demonstrationen. Es handelt sich dabei ausschließlich um eine Beobachtung der Teilöffentlichkeit im sozialen Netzwerk *Facebook*.

Die Analyse der *Facebook*-Kommunikation brachte zudem ein neues Phänomen hervor, das weitere Forschungsperspektiven für die Kommunikations- und Medienwissenschaft eröffnet. Die Abwendung von den etablierten Massenmedien in der Deutlichkeit, wie es *PEGIDA* propagiert, ist neu. Die Art der Berichterstattung wurde in der Geschichte zivilgesellschaftlichen Protests zwar immer wieder zu einem Kritikpunkt, jedoch bestand zwischen Bewegungen und den Medien auch immer eine Form der Abhängigkeit: sie waren in der Herstellung von Aufmerksamkeit auf die Medien angewiesen.

Mit den Möglichkeiten, die soziale Netzwerke bieten, wird diese Abhängigkeit zunehmend aufgelöst. Denn wie bei *PEGIDA* zu beobachten ist, können Plattformen wie *Facebook* als Informations-, Mobilisierungs- und Kommunikationsmedium zugleich genutzt werden. Durch die Bereitstellung von Information zu aktuellen Ereignissen versorgt *PEGIDA* die Leserinnen und Leser ihrer Beiträge mit Informationen und der *PEGIDA*-konformen Interpretations- und Einordnungsvorlage der Ereignisse. Damit

treten die Bewegungen in eine aktive Position, die sie von den Massenmedien unabhängig macht. Im Netz können sie sich selbst einen Medienkosmos aus alternativen Informationsquellen, Vernetzungsplattformen und Diskussionsräumen erschaffen und damit ihre Wirklichkeit konstruieren.

Literatur

- Appel, Markus (2008): Medienvermittelte Stereotype und Vorurteile. In: Batinic, Bernard/Appel, Markus (Hg.): Medienpsychologie. Heidelberg: Springer Medizin Verlag, S. 313-335.
- Baringhorst, Sigrid (2014): Internet und Protest. Zum Wandel von Organisationsformen und Handlungsrepertoires. Ein Überblick. In: Voss, Karin (Hg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: VS, S. 91-150.
- Badr, Hanan/Demmelhuber, Thomas (2014): Autoritäre Regime, Neue Medien und das „Regimedilemma“. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen. 21. Jg., H. 1, S. 143-160.
- Borchardt, Alexandra (2012): Wir sind die Klicks: Das Internet ist gut für die Demokratie. Sagt man. Aber das könnte ein Irrtum sein. In: Anda, Bela/Endrös, Stefan/Kalka, Jochen/Lobo, Sascha (Hg.): SignsBook - Zeichen setzen in der Kommunikation. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 75-79.
- Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. 4. überarb. und akt. Auflage. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag.
- Brockhaus Wissensservice (2015): System (Politikwissenschaft). Online unter: <http://www.brockhaus-wissensservice.com> (02.05.2015).
- Brosius, Hans-Bernd/Haas, Alexander/Koschel, Frederike (2012): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. 6. erw. und akt. Auflage. Wiesbaden: VS, Springer Fachmedien.
- Crouch, Colin (2004): Post-Democracy. Oxford: John Wiley & Sons.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Surkamp Verlag.
- Dahinden, Urs (2006): Framing: eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Konstanz: UVK.
- Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen et al. (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. Berlin: Otto Brenner Stiftung. Online unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/protestforschung-am-limit-eine-soziologische-annaeherung-an-pegida.html> (02.05.2015).
- Donges, Patrick/Imhof, Kurt (2001): Öffentlichkeit im Wandel. In: Jarren, Otfried/Bonfadelli, Heinz (Hg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft. Bern: Haupt, S. 101-133.
- Facebook (2015): PEGIDA. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden> (03.05.2015).

- Pegida-Facebook (2015a): „Gutmenschen“. Am 12.01.2015. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden> (03.05.2015).
- Pegida-Facebook (2015b): Rede Lutz Bachmann. Am 12.01.2015. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden> (03.05.2015).
- Pegida-Facebook (2015d): Antifa-Meinungsmetzger. Am 18.02.2015. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden> (03.05.2015).
- Pegida-Facebook (2015f): „Mediale Hinrichtung von Politiker“. Am 20.02.2015. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden> (03.05.2015).
- Pegida-Facebook (2015g): Islamisierung des Fußballs. Am 25.02.2015. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden> (03.05.2015).
- Fraser, Nancy (1997): Die halbierte Gerechtigkeit. Gender Studies. Frankfurt am Main: Surkamp Verlag, S. 107-150.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transkript Verlag.
- Grunewald, Armin/Banse, Gerhard/Coenen, Christopher/Hennen, Leonhard (2006): Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin: edition sigma.
- Imhof, Kurt (2006): Wandel der Gesellschaft im Licht öffentlicher Kommunikation. Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft. Zürich: Universität Zürich.
- Kronauer, Martin (1998): Exklusion in der Armutsforschung und der Systemtheorie. Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung. Beitrag für den internationalen Workshop „Exclusion – Theoretical and Empirical Problems“. Online unter: http://www.sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/SOFI-Mitteilungen/Nr._26/kronauer.pdf (03.05.2015).
- Lobe, Adrian (2015): Wenn die Fußballkabine zur Moschee wird. In: Die Welt. Online unter: <http://www.welt.de/sport/fussball/article137668834/Wenn-die-Fussballkabine-zur-Moschee-wird.html> (02.05.2015).
- Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. 5. überarb. Auflage. Weinheim: Beltz Verlag.
- Pfahl-Traughber, Armin (2015): Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments. Eine Analyse aus der Sicht der Bewegungs-, Extremismus- und Sozialforschung. Online unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200901/pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments> (28.04.2015).
- Potthoff, Matthias (2012): Medien-Frames und ihre Entstehung. Wiesbaden: VS.
- Schmid-Petri, Hannah (2012): Das Framing von Issues in Medien und Politik. Eine Analyse systemspezifischer Besonderheiten. Wiesbaden: VS.
- Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. 3. überarb. Auflage. Wiesbaden: VS.
- SWR (2015): Konflikt auch an anderen Schulen. Online unter: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/ulm/christenfeindliche->

aeusserungen-auch-schwaebisch-gmuend/-
/id=1612/did=15203304/nid=1612/36x13b/index.html (02.05.2015).

Vowe, Gerhard (2014): Digital Citizens und Schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie. In: Voss, Kathrin (Hg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: Springer, S. 25-52.

Vuichard, Florence (2015): In der Schweiz herrscht zu viel Demokratie. In: Die Welt online. Online unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article137066970/In-der-Schweiz-herrscht-zu-viel-Demokratie.html> (02.05.2015).

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Pegida-Facebook (2015c): „Zuviel Demokratie in der Schweiz. Am 03.02.2015. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden> (03.05.2015).

Abbildung 2: Pegida-Facebook (2015e): „Trojanisches Pferd“. Am 19.02.2015. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden> (03.05.2015).

Kurzbiographie der Autorin



Maria Birnbaum, B.A. ist Masterstudentin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg. Die thematischen Schwerpunkte des Studium liegen in der Betrachtung von Kommunikation im Kontext von Politik, Ökonomie und Gesellschaft sowie der Herstellung und dem Wandel von Öffentlichkeit. Aktuell untersucht Maria Birnbaum im Rahmen der Master-Arbeit, Formen kollektiver Identität zivilgesellschaftlichen Protests in sozialen Medien.